RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Lehrstuhl für Makroökonomik

MacroNews

25. Kalenderwoche

RUB

„Brexit“: Wahlergebnis völlig offen

Kurz vor dem „Brexit“-Referendum am Donnerstag rüsten sich britische Wirtschaftspartner für den Ernstfall.

IWF-Chefin Christine Lagarde | Quelle: World Economic Forum

Der Wahlkampf der beiden sich gegenüberstehenden Kampagnen „Leave“ und „Remain“ bezüglich eines britischen Austritts aus der Europäischen Union geht im Vorfeld des Referendums am Donnerstag, dem 23. Juni, in die heiße Phase. Hauptstreitpunkte sind dabei vor allem prognostischer Natur: Wie stark genau die auf Handelsbeziehungen und Immigration wirkenden Effekte im Falle eines Austritts ausfallen werden, wird je nach politischem Standpunkt unterschiedlich vorhergesagt.

Aus dem internationalen Wirtschaftsumfeld kommen derweil weitgehend einheitliche Appelle. So hat Christine Lagarde, Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), am Samstag noch einmal mit Nachdruck vor den möglichen negativen Folgen eines „Brexit“ gewarnt, berichtet die Süddeutsche Zeitung. Lagarde bezieht sich dabei vor allem auf die positiven Auswirkungen, die durch die EU-Mitgliedschaft auf die britische Volkswirtschaft gewirkt hätten. Das Land hätte ein steigendes Wirtschaftswachstum erfahren. Durch eine zunehmende Einflechtung von EU-Partnern in britische Wertschöpfungsketten seien das Handelsvolumen und weiterhin Produktivität und Löhne gestiegen. Eine Auflösung dieser Verflechtung würde die britische Wirtschaft negativer beeinflussen als die EU-Handelspartner, zitiert die Zeitung einen weiteren IWF-Experten.

Fortsetzung auf Seite 2

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze aus der Woche vom 13. bis zum 19. Juni:

Griechenland erhält neue Finanzspritze

Freitag, 17. Juni – Nach langwierigen Verhandlungen hat der Euro-Rettungsfonds ESM nun die nächste Kredittranche des aktuellen Hilfspakets für Griechenland in Höhe von 7,5 Milliarden Euro freigegeben, berichtet Reuters. Eine weitere Zahlung in Höhe von 2,8 Milliarden Euro sei zudem bereits beschlossen und solle Griechenland im Herbst zur Verfügung gestellt werden. Gebunden sei diese nächste Auszahlung, wie es auch schon die aktuelle war, an die Umsetzung weiterer Strukturreformen. Erst im Mai hatte der griechische Premier Tsipras ein Paket umfassender Austeritätsmaßnahmen durch das Parlament gebracht.

US-Fracking-Industrie reagiert auf höheren Ölpreis

Samstag, 18. Juni – Im Zuge der über die letzten vier Wochen stabiler erscheinenden Ölpreise beginnen US-Frackingunternehmen nun das Angebot langsam wieder zu erhöhen, schreibt der Economist. Die Firmen profitierten dabei von der höheren Elastizität ihres Angebots im Vergleich zu konventioneller Ölförderung und könnten somit schneller reagieren als einige Mitbewerber. Experten warnen derweil vor negativen Preiseffekten aufgrund zu optimistischer Markteinschätzungen.

Dennoch wägen nun auch die von einem eventuellen „Brexit“ betroffenen Institutionen auf der anderen Seite des Ärmelkanals diverse Maßnahmen ab, um negative Folgen abzufedern.

Im Vordergrund steht hier vor allem der Status Londons als weltweites Finanzzentrums, das über internationale Märkte großen Einfluss auf die Geschäftspartner habe, berichtet Reuters. Neben einer fortschreitenden Abwertung des Britischen Pfund werde eine Dezentralisierung erwartet. So würde beispielsweise die Europäische Bankenaufsichtsbehörde EBA im Falle eines „Brexits“ den Standort London aufgeben, berichtet die Welt am Sonntag. EBA-Chef Andrea Enria macht in diesem Zusammenhang auf die erschwerte Zusammenarbeit aufmerksam, die ein solcher Schritt mit sich bringen könne und verweist auf die Notwendigkeit weiterer Regulierungsbemühungen, welche sich aus der jüngsten Finanzkrise ergeben hätten.

Die Zentralbanken rüsten sich derweil für den Ernstfall. Laut Reuters bestehen bereits Abkommen zur Bereitstellung von Liquidität zwischen EZB und Bank of England. Auch Fed-Chefin Janet Yellen, erwähnte im Rahmen der Ankündigung der letzten Zinsentscheidung, man warte zunächst das Ergebnis des Referendums ab, bevor einschneidende politische Maßnahmen entschieden würden.

Wie das Referendum am Donnerstag ausgehen wird, ist zu diesem Zeitpunkt laut einer Umfrage der Financial Times völlig offen. Hatte zuletzt das „Remain“-Lager vorne gelegen, holte die „Leave“-Kampagne kürzlich deutlich auf, sodass beide nun bei 44 Prozent liegen.

Hintergrund | Diskussion der Argumente und möglicher Folgen

>> The Economist: „Remain“ ist die bessere Option (englisch)

Rajan dankt ab

Sonntag, 19. Juni – Der indische Notenbankchef Raghuram Rajan werde seine Amtszeit nicht um eine weitere Periode verlängern und sich stattdessen ab September wieder einer akademischen Karriere zuwenden, schreibt Reuters. Der Entscheidung war wachsende Kritik aus Teilen der indischen Regierung bezüglich hoher von der Notenbank festgelegter Zinsen und damit der Vorwurf der Einmischung in die Politik vorausgegangen. Dennoch kommt der Austritt Rajans aus den Zentralbankrängen überraschend. Als ehemaliger Chefökonom des IWF und aufgrund überzeugenden Managements der jüngsten schweren Währungskrise des Landes genoss Rajan einen guten Ruf unter Experten. Er hatte sich erfolgreich für die Festsetzung eines allgemeinen Inflationsziels eingesetzt. Die unvollendeten Aufgaben der Sanierung des schuldenbelasteten indischen Bankensektors sowie der Erstellung eines Gremiums zur Zinsbestimmung innerhalb der Zentralbank gibt Rajan nun an seinen noch unbestimmten Nachfolger weiter.

Zahl der Woche

- 0,3 %

Von der griechischen Notenbank prognostiziertes negatives Wirtschaftswachstum für das Jahr 2016.

Reuters